

## Personalratswahl 2008 - Verluste für alle Gewerkschaften

06.06.2008

**Deutlich geringere Wahlbeteiligung - Verluste für alle Gewerkschaften. Mit rund 65% sank die Wahlbeteiligung bei der diesjährigen Personalratswahl erneut. Alle drei Gewerkschaften mussten Stimmenverluste hinnehmen.**

Düsseldorf, 06.06.2008 - "Zunächst ein herzlicher Dank an unsere Wählerinnen und Wähler, nicht zu vergessen die zahlreichen "Wahlkämpfer und Wahlkämpferinnen" in den Bezirksverbänden unseres Landes allen voran Inge Efsing und Horst Zimmlinghaus aus dem geschäftsführenden Landesvorstand. Mit rund 65% sank die Wahlbeteiligung bei der diesjährigen Personalratswahl erneut. Alle drei Gewerkschaften mussten Stimmenverluste hinnehmen, bei der GdP setzte sich damit der negative Trend der letzten beiden PR-Wahlen fort. Der BDK erhielt mit 4.565 Stimmen knapp 700 Stimmen weniger als bei der letzten Wahl. Da ist nichts zu beschönigen, es ist Auftrag für die nächsten Jahre, die BDK-Politik noch näher an unsere Kolleginnen und Kollegen zu bringen. Überdeutlich war jedoch der Frust in der Kriminalpolizei zu spüren, den die Funktionszuordnung A12/A13 hinterlassen und damit zu einer geringeren Wahlbeteiligung beigetragen hat", erklärte der BDK-Landesvorsitzende Wilfried Albishausen heute in Düsseldorf.

Erfreulich ist unter anderem das Wahlergebnis im Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen, hier errang der BDK mit Fritz Keuenhoff an der Spitze die Mehrheit im Beamtenbereich. Damit haben die Wählerinnen und Wähler gezeigt, dass der BDK die überzeugendere Arbeit zu leisten vermag.

Auch der BDK in Aachen kann ein tolles Ergebnis vorweisen. Mit unserem Bezirksvorsitzenden Rolf Bültmann errang der BDK einen dritten Sitz im örtlichen Personalrat hinzu.

Im Landrat Wesel legte der BDK mit Michael Verhülsdonk deutlich an Stimmen zu.

"Nach der Wahl ist vor der Wahl, packen wir es an. Dass der BDK sich für unsere Kolleginnen und Kollegen einsetzt, zeigt das Programm des BDK in den nächsten Wochen und Monaten. Wir setzen die Rahmenbedingungen, unter denen Kriminalistinnen und Kriminalisten im Land arbeiten müssen, auf den Prüfstand", erklärte Wilfried Albishausen abschließend in Düsseldorf.